

A. d) Berichte

Open Doors Deutschland e. V.

Postfach 11 42, 65761 Kelkheim

T +49 6195 6767-218 **F** +49 6195 6767-211

E ado.greve@opendoors.de

I www.opendoors.de

Ado Greve

Öffentlichkeitsreferent

01) Open Doors: Angriffe auf Kirchen nehmen dramatisch zu

(Open Doors, Kelkheim) – Open Doors erstellt jährlich neu und damit aktuell den Weltverfolgungsindex, die Rangliste der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Insgesamt beobachtet Open Doors weit über 100 Länder und unterstützt seit 65 Jahren verfolgte Christen in über 60 Ländern durch umfangreiche Hilfsprojekte:

https://www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex?pk_campaign=GB&pk_kwd=20200115#karte

Die Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen hat dem neuen Bericht zufolge dramatisch zugenommen. Neben den 50 aufgeführten Ländern sind Christen in 23 weiteren Staaten mit einem hohen Maß von Verfolgung konfrontiert. Auffällig sind die weltweit zunehmende Kontrolle und Unterdrückung kirchlichen Lebens sowie die Zerstörung und Schließung von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen.

Die ersten 10 Länder

- 1 Nordkorea
- 2 Afghanistan
- 3 Somalia
- 4 Libyen
- 5 Pakistan
- 6 Eritrea
- 7 Sudan
- 8 Jemen
- 9 Iran
- 10 Indien





In den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex leben rund 640 Millionen Christen. Etwa 260 Millionen von ihnen sind starker bis extremer Verfolgung ausgesetzt. Kirchliches Leben ist dort, wenn überhaupt, nur mit erheblichen Einschränkungen möglich. Besonders christliche Leiter werden ins Visier genommen und bedroht, verhaftet oder ermordet. Weite Teile der Bevölkerung begegnen Christen mit einer wachsenden Feindseligkeit. Im Bildungsbereich und der Arbeitswelt sowie im Umgang mit den Behörden erleben sie massive Schikanen.

Zunahme der digitalen Überwachung sowie der Angriffe militanter Islamisten

China und andere Regimes versuchen durch digitale Überwachung, Verhaftungen sowie Einschüchterung von Christen das kirchliche Leben zu ersticken. In China werden vermehrt in den Kirchen Kameras und biometrische Gesichtserkennung eingesetzt. Die kommunistische Partei ließ im vergangenen Jahr mehr als 5.500 Kirchen und kirchliche Einrichtungen schließen.

In Afrika südlich der Sahara haben die Angriffe auf Kirchen und Christen stark zugenommen. So kämpfen die Christen in Burkina Faso nach eigenen Aussagen um ihr Überleben. Priester und Pastoren wurden von gewalttätigen islamischen Aktivisten getötet, oft auch ihre Familien; viele wurden entführt. Dorfbewohner, die christliche Symbole trugen, wurden ausgesondert und getötet. Kirchen, Geschäfte von Christen und Kliniken werden von Dschihadisten niedergebrannt.





Christen in Algerien protestieren gegen die Schließungen mehrerer Kirchen

„Betet für die, die euch beleidigen und verfolgen“ (Jesus)

Die pakistanische Christin Asia Bibi verbrachte mehr als acht Jahre im Gefängnis, weil sie zu Unrecht der Blasphemie angeklagt und zum Tod verurteilt worden war. Nach ihrem überraschenden Freispruch teilte sie mit, sie habe denen vergeben, die sie ins Gefängnis gebracht und ihren Tod gefordert hatten. Sie bat darum, auch die nicht zu vergessen, „die schon jahrelang im Gefängnis leiden“.

Nachricht bereitgestellt von Open Doors Deutschland

Der ausführliche Bericht mit detaillierten Länderprofilen, Analysen zu weltweiten Entwicklungen und der Methodik sowie Lebensberichte verfolgter Christen und kostenloses Informationsmaterial sind zu finden unter www.opendoors.de/wvj.

Hinweis: Am 6. bis 8. März findet das Jugendgebetsevent **[SHOCKWAVE](#)** statt. Hauskreise, Jugendgruppen und Gemeinden können das kostenlose Material zur Gestaltung eines Gebetswochenendes bei Open Doors bestellen unter 06195 6767-0 oder unter www.opendoors.de/shockwave



02) Gedenkpolitik: Kommission beanstandet zahlreiche Münchner Straßennamen

MÜNCHEN. In München stehen mehrere hunderte Straßennamen zur Diskussion. Eine von der Stadt beauftragte Kommission hat in einer Untersuchung 320 Straßen in der bayerischen Landeshauptstadt ausgemacht, die sie teilweise für problematisch hält, berichtet die Bild-Zeitung.

Dabei handelt es sich aber keinesfalls ausschließlich um nationalsozialistisch belastete Namensgeber. So führt die Kommission unter Leitung des Stadtarchivs dem Blatt nach unter anderem auch den früheren bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU), den Entdecker Christoph Kolumbus sowie den Siemens-Gründer Werner von Siemens auf. Ebenso den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss und den Schriftsteller Erich Kästner. Letzterem wird angelastet, sich während der Zeit des Dritten Reichs nur in die innere Emigration zurückgezogen haben, anstatt das Land zu verlassen.

Strauß war „gern gesehener Gast in Afrika“

Zurück geht die Diskussion um möglicherweise unpassende Straßennamen auf die SPD im Stadtrat. Sie hatte 2016 beantragt, zu prüfen, welche Straßen einen Namen tragen, der in einem „chauvinistischen, extrem frauenfeindlichen, militaristischen, rassistischen oder antisemitischen, nationalsozialistischen Kontext“ steht.

Strauß wird durch die Kommission beispielsweise angelastet, „gern gesehener Gast in Afrika“ gewesen zu sein und während Safaris auf Antilopen geschossen zu haben. Auch habe der CSU-Politiker der „kolonialen Nostalgie“ gefrönt.

An Theodor Heuss stört die Autoren, daß er 1933 als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei für das Ermächtigungsgesetz stimmte. Zudem seien „stereotype antijüdische Äußerungen“ von ihm belegt.

Kritik aus der CSU

Dem Philosophen Arthur Schopenhauer wirft die Kommission „unzeitgemäße Frauenfeindlichkeit“ vor, dem 1892 gestorbenen Werner von Siemens, daß seine Firma später durch Aufträge im Nationalsozialismus profitierte. Christoph Kolumbus habe sich durch Sklavenhandel schuldig gemacht, dem beliebten bayerischen Volksdichter Ludwig Thoma (1867 – 1921) halten die Autoren der Untersuchung vor, antisemitische Schriften verfaßt zu haben.

Scharfe Kritik an dem Gutachten kommt aus der CSU. Generalsekretär Markus Blume versicherte der Bild: „Die CSU München wird dafür sorgen, daß derart abstruse Vorschläge nicht weiterverfolgt werden. Wir lassen nicht zu, daß herausragende Persönlichkeiten wie Franz Josef Strauß in den Schmutz gezogen werden.“



Seite 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 763 vom 31.01.2020

Sein Parteifreund Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich reagierte ebenfalls empört: „Hier wird George Orwells Vision aus ‘1984’ Realität: Geschichte soll systematisch umgeschrieben und dem Zeitgeist angepaßt werden.“ (krk)

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/kommission-beanstandet-zahlreiche-muenchner-strassennamen/>

aus: *Junge Freiheit* vom 13.01.2020 zitiert von:

Wien, am 15. Jänner 2020

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 6 / 2020

03) Prag und Taipeh vereinbaren Städtepartnerschaft – China schäumt

Die Hauptstädte von Tschechien und Taiwan, Prag und Taipeh, haben am Montag in der Moldaustadt einen Partnerschaftsvertrag unterzeichnet. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches, gäbe es dazu keine Vor- und Nachgeschichte. Denn China verurteilt diese Kooperation energisch und hat erste Konsequenzen gezogen. [Bitte lesen Sie dazu hier den Bericht von Radio Prag.](#)

Wien, am 15. Jänner 2020

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 6 / 2020

Prag und Taipeh vereinbaren Städtepartnerschaft – China schäumt

Von Lothar Martin
14-01-2020

Die Hauptstädte von Tschechien und Taiwan, Prag und Taipeh, haben am Montag in der Moldaustadt einen Partnerschaftsvertrag unterzeichnet. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches, gäbe es dazu keine Vor- und Nachgeschichte. Denn China verurteilt diese Kooperation energisch und hat erste Konsequenzen gezogen.

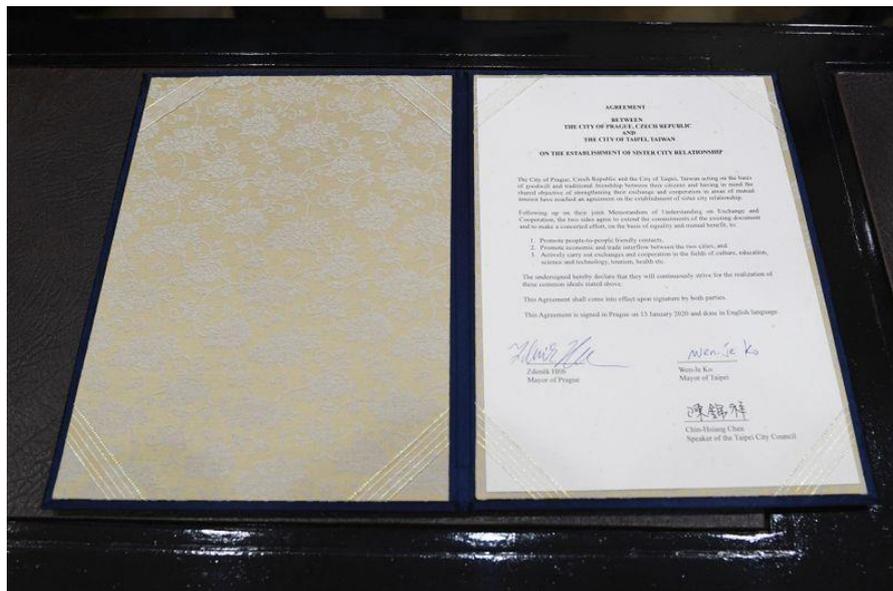


Foto: ČTK/Ondřej Deml



Gemeinsam standen am Montag die Oberbürgermeister von Prag und Taipeh, Zdeněk Hřib (Piraten-Partei) und Ko Wen-je, vor dem berühmten Glockenspiel am Prager Rathaus. Es war ein Akt mit Symbolcharakter, denn anschließend betonten beide Kommunalpolitiker, eine neue Zeit eingeläutet zu haben: die Partnerschaft zwischen beiden Metropolen. Laut dem Vertrag wollen beide Hauptstädte enger in den Bereichen Wirtschaft und Kultur zusammenarbeiten. Oberbürgermeister Hřib:

„Zum einen wird der kulturelle Austausch aufblühen. Doch Taiwan ist vor allem ein Land, das sehr stark auf moderne Technologien ausgerichtet ist. Und darin sehe ich den größten Raum für unsere Zusammenarbeit.“



Foto: Maria Diekmannová, CC BY 2.0

Der Vertrag beinhaltet auch drei Memoranden, darunter eine Kooperation der Zoos von Prag und Taipeh. Hierzu gibt es bereits konkrete Vorstellungen. So will man in der tschechischen Hauptstadt schon bald einige Schuppentiere aus Asien bei sich beheimaten. Dazu erläutert Hřib:

„Das ist ein seltenes und vom Aussterben bedrohtes Tier, mit dessen Zucht man in Taipeh Erfahrung hat. In Prag soll nun ein Männchen und ein Weibchen dieses Schuppentieres aufgezogen werden. Das Paar wird in einem neuen Pavillon unseres Zoos einquartiert.“



Kche Wen-če und Zdeněk Hřib (Foto: ČTK/Ondřej Deml)



Der Termin für die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages war bewusst gewählt. Am Sonntag wurde in Taiwan über ein neues Staatsoberhaupt abgestimmt. Bei den Wahlen setzte sich mit Tsai Ing-wen die chinakritische Amtsinhaberin durch. Doch die von den Kommunisten geführte Volksrepublik will eine Unabhängigkeit des Inselstaats nicht akzeptieren. Peking pocht vielmehr auf die sogenannte Ein-China-Politik. Dieses war auch der Grund, warum die neue Führung von Prag im vergangenen Jahr einen Partnerschaftsvertrag mit Peking aufgekündigt hat. Dabei wollte die tschechische Seite die Kooperation ursprünglich nicht beenden. Sie forderte lediglich, dass eine entsprechende Textzeile gestrichen wird. Andere Partnerstädte wie London, Riga oder Kopenhagen hätten einen solchen Passus nicht unterschreiben müssen, begründete Hřib die Haltung Prags. Doch China blieb hart und wurde restriktiv. Die Machthaber in Peking verboten Musikensembles aus Prag, in ihrem Land aufzutreten, trotz bestehender Verträge. Dazu sagte Zdeněk Hřib:

„Diese Schikanen gegenüber der Prager Philharmonie vonseiten Chinas zeigen eindeutig, dass die Chinesen kein zuverlässiger Partner sind und gegebenenfalls auch Verträge missachten.“

Seine Meinung über die Politik Pekings brachte Hřib erst neulich in einem Gespräch für die „Welt am Sonntag“ zum Ausdruck. In der deutschen Zeitung warnte der Rathauschef vor engen Beziehungen mit der Volksrepublik.



Jaroslav Kubera (Foto: Filip Jandourek, Archiv des Tschechischen Rundfunks)

Mit seiner Haltung steht der Piratenpolitiker im Gegensatz zur Linie von Staatspräsident Zeman und Premier Babiš, die eine Annäherung – vor allem wirtschaftlich – an das Reich der Mitte befürworten. Doch Hřib ist hierzulande mit seiner Auffassung nicht allein. So hat beispielsweise Senatschef Jaroslav Kubera (ODS) im vergangenen Jahr eigens eine Reise mehrerer Senatoren in die Vereinigten Staaten organisiert, um zu zeigen, dass die Fixierung Zemans und Babišs auf Russland und China nicht die mehrheitliche Haltung der tschechischen Politiker ist. Zudem wurde Kubera vom kommunistischen China dafür gerügt, Anfang Oktober an einem taiwanesischen Bankett in Prag teilgenommen zu haben. Im Tschechischen Fernsehen sagte der Senatschef unter anderem, dass Peking sich auf ihn eingeschossen habe, weil er ein demokratischer Politiker aus Prag sei:



„Wegen der Streitigkeiten mit dem Prager Rathaus reagieren die Chinesen auf alle Dinge allergisch, in denen auch nur der Name Prag vorkommt. Darunter fällt selbst der Prager Schinken.“

Als Reaktion auf den Partnerschaftsvertrag zwischen Prag und Taipeh hat die chinesische Metropole Shanghai bereits einen Tag später jegliche Beziehungen zur tschechischen Hauptstadt abgebrochen.

Mit seiner Haltung steht der Piratenpolitiker im Gegensatz zur Linie von Staatspräsident Zeman und Premier Babiš, die eine Annäherung – vor allem wirtschaftlich – an das Reich der Mitte befürworten. Doch Hřib ist hierzulande mit seiner Auffassung nicht allein. So hat beispielsweise Senatschef Jaroslav Kubera (ODS) im vergangenen Jahr eigens eine Reise mehrerer Senatoren in die Vereinigten Staaten organisiert, um zu zeigen, dass die Fixierung Zemans und Babišs auf Russland und China nicht die mehrheitliche Haltung der tschechischen Politiker ist. Zudem wurde Kubera vom kommunistischen China dafür gerügt, Anfang Oktober an einem taiwanesischen Bankett in Prag teilgenommen zu haben. Im Tschechischen Fernsehen sagte der Senatschef unter anderem, dass Peking sich auf ihn eingeschossen habe, weil er ein demokratischer Politiker aus Prag sei:

„Wegen der Streitigkeiten mit dem Prager Rathaus reagieren die Chinesen auf alle Dinge allergisch, in denen auch nur der Name Prag vorkommt. Darunter fällt selbst der Prager Schinken.“

Als Reaktion auf den Partnerschaftsvertrag zwischen Prag und Taipeh hat die chinesische Metropole Shanghai bereits einen Tag später jegliche Beziehungen zur tschechischen Hauptstadt abgebrochen.

<https://www.radio.cz/de/rubrik/tagesecho/prag-und-taipeh-vereinbaren-staedtepartnerschaft-china-schaeumt>

04) Prager Visegrád-Gipfel mit Sebastian Kurz

Mit der Absicht, „Gräben in Europa zu überwinden“, besuchte der österreichische **Bundeskanzler Sebastian Kurz** am 16. Jänner den Visegrád-Gipfel in Prag. Die V4-Konferenz mit den Regierungschefs aus Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn - **Andrej Babiš, Peter Pellegrini, Mateusz Morawiecki** und **Viktor Orbán** - hat sich mit aktuellen Europafragen befasst. Auf der Agenda stand der Klimawandel, die EU-Energiepolitik, die Sozialagenda, der mehrjährige Finanzrahmen der EU, die Migration und der Austritt Großbritanniens aus der Union.

[Bitte lesen Sie hier den aktuellen Bericht aus dem „Powidl“-Magazin.](#)

SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel wirft indes die Frage auf, „ob die Angelegenheiten der Vertriebenen wenigstens am Rande diskutiert wurden oder gar kein Thema waren!?“

Wien, am 17. Jänner 2020



Prager Visegrád-Gipfel mit Sebastian Kurz

16.01.2020

"Gräben in Europa überwinden" - mit dieser Intention besuchte der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz am 16. Jänner den Visegrád-Gipfel in Prag. Die V4-Konferenz mit den Regierungschefs aus Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn - Andrej Babiš, Peter Pellegrini, Mateusz Morawiecki und Viktor Orbán - hat sich mit aktuellen Europafragen befasst. Auf der Agenda stand der Klimawandel, die EU-Energiepolitik, die Sozialagenda, der mehrjährige Finanzrahmen der EU, die Migration und der Austritt Großbritanniens aus der Union.



Bild: Twitter/Milena Hrdinková

Im Prager Nationalmuseum, wo der Gipfel stattfand, ging es vornehmlich ums liebe Geld. Hier waren die Konfliktlinien zwischen den Empfängerländern und Österreich klar zu erkennen. Während die vier Visegrád-Staaten eine Kürzung der Transferleistungen strikt ablehnen (Orbán forderte: "Wir brauchen mehr Geld!"), sprach sich die Wiener Regierung gegen höhere Nettobeiträge der reicheren Länder aus. Bei der Frage der Flüchtlingsverteilung innerhalb der EU herrschte Einigkeit zwischen den V4-Ländern und dem Gast aus Österreich. Kurz vertritt seit jeher dieselbe ablehnende Haltung zu den Verteilungsmechanismen.

Nachdem Kurz 2017 mit seinem damaligen Regierungspartner Heinz-Christian Strache aus Prag mit den Worten "Willkommen in Visegrád!" begrüßt worden war, so war heute klar, dass der österreichische Bundeskanzler eher als "Außenstehender" wahrgenommen wurde.



Seite 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 763 vom 31.01.2020

Beim bilateralen Treffen mit Tschechiens Premier Babiš zeigten sich die weiteren, verstärkten Konfliktlinien deutlich ab. Kurz regiert nun gemeinsam mit den Grünen, somit sind im künftigen österreichisch-tschechischen Verhältnis größere Differenzen in der Energiepolitik vorprogrammiert.

Neben dem Thema Atomkraft, zu dem es kaum einen gemeinsamen Nenner geben wird, wa auch der Bereich Klimaneutralität, und der damit verbundene schnelle Ausstieg aus der Energiegewinnung durch fossile Brennstoffe, ein Schauplatz konträrer Ansichten. Tschechien setzt gemeinsam mit Polen und Ungarn stark auf die Kohle, und die Visegrád-Gruppe bremst auf europäischer Ebene bei den Bestrebungen rund um den Kohleausstieg. Babiš hat zuletzt stets die Atomkraft als "einzige saubere" Alternative zur kalorischen Verbrennung präsentiert. In den vergangenen Wochen hat der tschechische Premier Österreich aufgrund dessen Doppelmoral in Sachen Atompolitik an den Pranger gestellt: "Ich weiß nicht, wie man ohne den Strom aus Tschechien in Wien Kaffee kochen und Licht einschalten würde", sagte Babiš jüngst und ergänzte, Österreich importiere ein Viertel seines Strombedarfes aus Tschechien.

Trotz der vorhersehbaren Unstimmigkeiten sprachen die fünf Regierungschefs in der abschließenden Pressekonferenz von einem "netten und offenen Treffen". Man sei nicht immer derselben Meinung, möchte aber ungeachtet dessen nach gemeinsamen Lösungen suchen, sagte Babiš als turnusmäßiger V4-Vorsitzender stellvertretend für die übrigen Visegrád-Regierungschefs. Bei der Kranzniederlegung für Jan Palach, der sich am 16. Jänner 1969 als Protest gegen die sowjetische Besatzung unmittelbar vor dem heutigen Tagungsort selbst verbrannt hatte, kam es zu einem Zwischenfall. Eine Frau schrie während der Zeremonie aus einem vorbeifahrenden Auto. "Herr Babiš, Sie sind eine Schande!". -

http://www.powidl.eu/visegrad-gipfel-mit-kurz-16-01-2020.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_1_2020&utm_term=2020-01-17



05) „Weltkulturerbe geht uns alle an“! Rheinland-pfälzischer Welterbe-Antrag

+++ Pressemitteilung +++

Martin Louis Schmidt (AfD) zur Einreichung des SchUM-Welterbeantrages:
„Weltkulturerbe-Initiativen gehen uns alle an!“

Am 23. Januar 2020 wird der rheinland-pfälzische Welterbe-Antrag „SchUM-Stätten Speyer, Worms und Mainz“ bei der UNESCO in Paris offiziell eingereicht. „Wir können der im kommenden Jahr anstehenden endgültigen Entscheidung des Welterbe-Komitees über dieses Religions- und Kulturerbe zuversichtlich entgegenblicken, denn das rund 1.000 Seiten umfassende Antragsbuch kann sich wahrlich sehen lassen“, kommentiert der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Mainzer Landtag, Martin Louis Schmidt, das Ereignis. Weiterhin erklärt er: „Ich habe mich bei der hochkarätigen SchUM-Informationsveranstaltung letzte Woche im Landesmuseum selbst von der wissenschaftlichen Qualität der seit 2016 aufwändig erarbeiteten, demnächst auch in deutscher Übersetzung und digital verfügbaren Begründung überzeugen können. Und selbst wenn der Antrag letztlich nicht erfolgreich sein sollte, so konnten auf jeden Fall neue Erkenntnisse über diese vom Mittelalter an bis heute weithin ausstrahlenden religiösen jüdischen Stätten im Herzen Europas gewonnen und damit wertvolle kulturgeschichtliche Spuren stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Spuren, die nicht nur für die hiesigen jüdischen Gemeinden, sondern für alle Deutschen wichtig sind und bleiben.“

Der AfD-Landtagsabgeordnete Schmidt betont darüber hinaus seine grundsätzliche Wertschätzung von Weltkulturerbe-Initiativen, „die gerade für unser ebenso geschichtsträchtiges wie naturräumlich schönes Rheinland-Pfalz enorme Chancen bieten. Man denke hier nur an die historischen Verbindungen zum römischen Limes, an das Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal oder an die aktuell laufenden Bewerbungen zum immateriellen Kulturerbe – also die *Weinkultur in Deutschland*, die pfälzische *Hüttenkultur*, das *Schuhhandwerk* in Pirmasens und Umgebung sowie die *Deidesheimer Geißbocktradition*. Ebenso verdienen mögliche künftige Antragsthemen wie die *drei Kaiserdome* in Speyer, Worms und Mainz größtmögliche Aufmerksamkeit sowie Unterstützung von Politik und Öffentlichkeit. Denn Weltkulturerbe-Initiativen gehen uns alle an!“

Martin Louis Schmidt ist kultur- und geschichtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland Pfalz und Mitglied der Enquete-Kommission Tourismus.

Foto: <http://www.afd-rlp-fraktion.de/die-fraktion> (Quelle: AfD RLP)

Mainz, den 22. Januar 2020

